

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG, BAUEN
UND SICHERHEIT**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
01. SBS 2009-2014
Sitzungsdatum:
06.03.2013

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 06.03.2013

Unter dem Vorsitz von Josef Fröschen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen
Sitzungssaal des Rathauses
Ortstermin 16.00 Uhr: Treffpunkt Spielplatz Kollwitzstraße der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

1. Bestellung einer Schriftführerin und einer stellv. Schriftführerin
2. Bau eines Wohn- und Geschäftshauses an der Bahnhofstraße
3. Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld
4. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht Nord - 2. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 100 - Wohnpark Rimburg 1 - 5. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
7. Anregung nach §24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Scherpenseel vom
12.09.2012 zur Umsetzung der Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung nach
EU-Umgebungslärmrichtlinie
8. Anregung gem. § 24 GO NRW 26.11.2012 betr. Verkleinerung der Baum-
scheibe in der Mittelstraße
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
- . Anfragen

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien
Herr Herbert Fibus
Herr Fred Fröschen
Herr Josef Fröschen
Herr Walter Junker

Herr Herbert Mlaker

Herr Wolfgang Schneider

Frau Christa Thar-Hennes

Herr Heiner Weißborn

Herr Hubert Wynands

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven

Herr Johannes Bröhl

Herr Frank Kozian

Herr Alf Ingo Pickartz

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig

Frau Carla Glashagen

Herr Wolf-Sören Radtke

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz

Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert

Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim

Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Herr Thomas de Jong

Gäste

Herr Carsten Müller

Schriftführer

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

als Vertreter für Stadtverordnete
Görtz
gegangen während TOP 8
(18.55 Uhr)
keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung
keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung
keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung
keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

keine Teilnahme an der Orts-
besichtigung

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Weiterhin begrüßte er zu TOP 2 den Architekten Herrn Hansen und Herrn Schneider und zu TOP 3 die Herren Pfennigs von der S-Bauland und Herrn Dipl. Ing. Schnuis vom Planungsbüro RaumPlan.

Stadtverordneter **F. Fröschen** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung vier Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** nahm die Einführung und Verpflichtung der bisher noch nicht verpflichteten sachkundigen Einwohner Manfred Ehmig, Wolf-Sören Radtke und Carsten Müller vor. Hierzu verlas er folgende Verpflichtungserklärung:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde."

Die Anwesenden erhoben sich währenddessen von ihren Plätzen und die sachkundigen Einwohner **Ehmig, Radke** und **Müller** bekundeten ihr Einverständnis mit dem Text der Verpflichtungserklärung, die sie im Anschluss unterzeichneten und an die Verwaltung zurückgaben.

Anschließend sprach Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** folgende persönliche Worte:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister,

ehe wir in die Sitzung und Tagesordnung einsteigen einige Gedanken zu unserer künftigen Zusammenarbeit.

Dieser Ausschuss ist in der Zusammensetzung und Aufgabenstellung mit Ratsbeschluss neu eingerichtet worden.

Wir sind ein Sachausschuss. Unsere Arbeit soll sich also an Sachthemen orientieren.

Wir werden sicher einige Male auch unterschiedlicher Meinung zur Gestaltung unserer Stadt sein. Dabei hat jede Fraktion - und da bin ich mir sicher - immer das Wohl der Bürger im Fokus.

Erinnern wir uns aber, wenn es allzu heftig wird, an das Wort von Johannes Rau "Versöhnen statt Spalten"."

A) Ortsbesichtigung

Vor Beginn der Sitzung fand um 16:00 Uhr eine Ortsbesichtigung des Spielplatzes in der Kollwitzstraße und des angrenzenden Bauernhofgeländes statt.

Zu dieser Ortsbesichtigung erschienen auch zahlreiche Anwohner.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** begrüßte alle Anwesenden und erläuterte kurz den Grund der Ortsbesichtigung. Es gebe die Überlegung, den Spielplatz in eine städtebauliche Planung mit einzubeziehen. Der Eigentümer des angrenzenden Bauernhofes habe Planungen vorgelegt auf seinem Land Bauflächen zu schaffen. Auch diese Flächen wolle man sich im Anschluss noch ansehen.

Technischer Angestellter **Engels** erläuterte, dass dem Spielplatz aufgrund seiner Lage und seiner mittlerweile üppigen Vegetation die soziale Kontrolle fehle. Der Spielplatz werde kaum mehr genutzt. Zudem müssen Möglichkeiten zur Einsparung der Grünflächenpflege aufgezeigt werden, um eine Entlastung des städtischen Haushaltes zu erreichen.

Hiergegen widersprachen die Anwohner. Ihrer Meinung nach sei eine soziale Kontrolle sehr wohl gegeben und der Spielplatz werde regelmäßig genutzt. Es wurde sich vehement gegen eine Überbauung des Spielplatzes ausgesprochen.

Anwohner Klaus **Reinartz** wies insbesondere auf den ökologischen Nutzen dieser Fläche, den Baumbestand und die Vielfalt von Pflanzen und Tieren hin.

Anwohner **Dr. Kerkhoff** hob hervor, dass man ein erhebliche Stück Lebensqualität der Stadt einbüße, wenn man sämtliche Grünflächen nun zubauen wolle. Hier müsse auch einmal über den Tellerrand der Finanzen geschaut werden.

Technischer Angestellter **Engels** betonte, es gebe noch keinerlei städtische Planung für dieses Gebiet, lediglich eine Anregung seitens des CDU Ortsverbandes Übach und einen Antrag des angrenzenden Eigentümers. Sollte es zu konkreten Planungen kommen, dann stehe am Anfang auch immer eine Artenschutzprüfung.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** erklärte, der Ausschuss werde für seine Beratung mitnehmen, dass eine Überbauung des Spielplatzes von den Anwohnern nicht gewünscht werde.

Im Anschluss wurde das Gelände des angrenzenden ehemaligen Bauernhofs besichtigt. Der Eigentümer stellte kurz seine Planung vor. Er wolle hier Baugrundstücke schaffen.

Technischer Angestellter **Engels** erklärte, der Eigentümer sei mit dieser Überlegung auf die Stadt zugekommen. Man habe ihn gebeten seine Planungen anzuskizzieren, damit sich der Ausschuss hiermit entsprechend beschäftigen könne.

Die anwesenden Anwohner erhoben keine Einwände gegen eine mögliche Bebauung des Betriebsgeländes solange der Spielplatz von dieser Planung nicht betroffen sei.

Die Ortsbesichtigung endete um 16.50 Uhr.

A) Öffentliche Sitzung

1 Bestellung einer Schriftführerin und einer stellv. Schriftführerin

Beschluss:

1. Als ständige Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit der Stadt Übach-Palenberg wird Stadtamtfrau Kerstin Schade bestellt.
2. Als Stellvertreterin wird Stadtinspektorin Jutta Gündling bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bau eines Wohn- und Geschäftshauses an der Bahnhofstraße

Dezernent **Gatzen** erläuterte, dass die Stadt damals das Grundstück, auf dem ehemals das Hotel Ernst gestanden habe, gekauft, das Hotel abgerissen, das Grundstück eingeebnet und Parkplätze auf der Fläche geschaffen habe. Seitdem versuche man, das Grundstück an den Einzelhandel zu vermarkten.

Nun interessiere sich der Architekt Philipp Hansen für dieses Gelände. In der heutigen Sitzung gehe es nur darum, dem Ausschuss eine erste grobe Planung vorzustellen und zu sehen, ob sich der Ausschuss grundsätzlich für eine solche Planung ausspreche und somit eine Zusammenarbeit mit dem Architekten Hansen weiterverfolgt werden könne. Die mit der Weiterverfolgung einhergehende Grundstücksangelegenheit wäre dann Angelegenheit des Haupt- und Finanzausschusses.

Architekt **Hansen** stellte seine Planung vor (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen). Es sei ein Wohn- und Geschäftshaus angedacht.

Er habe mit dem Besitzer der ehemaligen Gaststätte in der Bahnhofstraße gesprochen und sehe die Möglichkeit, dieses Gelände zu kaufen. Er sehe rund um die Karlskapelle eine große Entwicklungschance, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Campus in Aachen. Aachen sei zu klein, um den gesamten Wohnbedarf zu decken. Hier müsse die Bahnhofsnähe in Palenberg als Anziehungspunkt genutzt werden. Seiner Meinung nach würde auch die gesamte Bahnhofstraße von seiner Planung profitieren.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** dankte Herrn Hansen für seine Vorstellung. Er erklärte, man sei sich wohl einig, dass die derzeitige Situation

in Palenberg so nicht bleiben könne. Er halte die gehörte Planung für einen Schritt in die richtige Richtung.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, auch die SPD-Fraktion begrüße grundsätzlich eine solche Planung. Chancen habe ein solches Projekt nur, wenn ein privater Investor Geld in die Hand nehme. Eine Planung bis an das Bahnhofsgebäude heran wäre seiner Meinung nach optimal. Er würde es begrüßen, wenn ein Anfang gemacht würde.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** fasste zusammen, dass der Ausschuss die vorläufige Planung des Architekten Hansen zustimmend zur Kenntnis nehme, Herr Hansen an der Sache dran bleiben und zu gegebener Zeit eine beschlussfähige Planung vorlegen solle.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

3 Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld

Dezernent **Gatzen** erläuterte, die Stadt sei seit vielen Jahren bemüht, das Neubaugebiet Rimburger Acker fortzusetzen. Dies sei nicht gelungen. Es bestehe aber weiterer Bedarf an Neubauflächen, so dass man nach einer Alternative gesucht habe.

Man habe in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit Banken als Erschließungsträger gesammelt. Hier wolle er zum Beispiel auf das Baugebiet St. Rochus verweisen, wo die Stadt jahrzehntlang versucht habe, eine Erschließung zu ermöglichen. Dies sei der S-Bauland gelungen. Mit der Raiffeisenbank sei man wegen der Erschließung eines anderen Gebietes im Gespräch.

Herr **Pfennigs** von der S-Bauland gab einen Überblick über die letzten Neubaugebiete und kam zu dem Ergebnis, dass weiterer Handlungsbedarf bestehe (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen). Die Vermarktung der beiden Neubaugebiete St. Rochus und Kirchenweg II sei sehr erfolgreich gewesen. Bis auf sieben Grundstücke im Kirchenweg II und zwei Grundstücke in St. Rochus wurden alle Baugrundstücke in kürzester Zeit veräußert. Er sehe das Beyelsfeld als eine gute Möglichkeit, ein weiteres Neubaugebiet zu schaffen.

Technischer Angestellter **Engels** wies auf die Vermarktungserfolge in der Vergangenheit, den attraktiven Standort und die günstige Zinslage hin. Die konstante Nachfrage nach Baugrundstücken mache die Entwicklung von Neubauflächen neben dem innerstädtischen Lückenschluss erforderlich. Der Rimburger Acker sei leider nicht weiter ausbaubar, da die Grundstückseigentümer dort keine weiteren Flächen mehr verkaufen wollen. Das Beyelsfeld stelle eine gute Alternative dar. Der erste Schritt, wenn man eine solche Fläche im Auge habe, sei die Abstimmung mit der Bezirksregierung im Rahmen einer landesplanerischen Anfrage. Es sei eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich, die Ackerflächen in Wohnbauflächen umwandle. Eine Bestätigung der Bezirksregierung liege zwischen-

zeitlich vor, so dass insoweit eine Flächennutzungsplanänderung möglich wäre.

Im Anschluss stellte Dipl. Ing. **Schnuis** das Rahmenkonzept vor (insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen). Er betonte, dass das Rahmenkonzept flexibel zu sehen sei. Konkrete Festlegungen treffe man im Rahmen des Bauleitplanverfahrens.

Technischer Angestellter **Engels** erläuterte, dass es sich bei der heutigen Vorstellung um einen Rahmenplan handele, der eine Machbarkeitsstudie sei. Wenn man sich für diesen Rahmenplan ausspreche, werde man diesen nutzen, um in das Bauleitplanverfahren einzusteigen. Deshalb sollte man sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu sehr an Details orientieren.

Stadtverordneter **F. Fröschen** fragte, ob die Grundstückseigentümer zum Verkauf bereit seien.

Herr **Pfennigs** antwortete, dass es falsch gewesen wäre mit den Eigentümern zu sprechen bevor der Ausschuss sein grundsätzliches Einverständnis für eine solche Planung gegeben habe. Spreche sich der Ausschuss für eine solche Planung aus, werde man zeitnah das Verkaufsinteresse abfragen. Zudem habe die Stadt einen Großteil der in Rede stehenden Flächen selbst im Eigentum.

Stadtverordneter **F. Fröschen** gab zu bedenken, dass die Conneallee sehr eng sei. Wenn man in die weitere Planung einsteigen sollte, müsse man überlegen, eine Baustraße anzulegen, damit nicht das bestehende Gebiet zu stark von den Baumaßnahmen betroffen werde.

Herr **Pfennigs** antwortete, dies sei ein guter Vorschlag. So sei man kürzlich auch in Dremmen vorgegangen, um den Schwerlastverkehr aus dem bestehenden Wohngebiet rauszuhalten.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, grundsätzlich sei nichts gegen die Planung weiterer Neubaugebiete einzuwenden. Aber man habe heute eine große Menge an Informationen erhalten, über die man zunächst einmal in Ruhe nachdenken können sollte.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, die UWG-Fraktion befürworte die geplante Entwicklung. Auch halte er den beabsichtigten Mix aus Ein- und Mehrfamilienhäusern für eine gute Idee. Etwas kritisch sehe er die Frage, wie man ein so großes Wohngebiet an den Verkehr anbinde. Dies erfordere seiner Meinung nach eine sorgfältige Planung, aber die Grundsatzentscheidung für dieses Neubaugebiet befürworte er.

Stadtverordneter **Wynands** fragte, welche Folgekosten auf die Stadt zukämen. Sei das bestehende Kanalsystem in der Conneallee und in der Thornstraße für eine Anbindung ausreichend?

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, es liege noch kein Ergebnis eines Bodengutachtens hinsichtlich der Versickerung von Regen-

wasser vor. Aber der bestehende Kanal sei für den ersten Bauabschnitt zur Aufnahme des Schmutzwassers ausreichend.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, auch er sei der Meinung, dass die Verkehrsanbindung sorgfältig überlegt werden müsse. Er habe seine Zweifel in Bezug auf die Größe des Gesamtwohngebietes. Er fragte nach den Ausgleichsmaßnahmen für dieses Gebiet.

Technischer Angestellter **Engels** erläuterte, dies sei eine Sache, die im Bauleitplanverfahren geklärt werden müsse. Man habe aber bereits Vorschläge von der Unteren Landschaftsbehörde erhalten. Außerdem überlege man derzeit, ob man nicht einen finanziellen Ausgleich bevorzugen und den Ausgleich über eine Stiftung vornehmen lassen sollte. Somit erziele die Stadt zwar keine Einnahmen, habe in der Folge aber auch keine Ausgaben für die Pflege zu leisten, da diese dann über die Stiftung erfolgen würde.

Heute gehe es jedoch zunächst nur um die Grundsatzentscheidung, ob ein Neubaugebiet an der genannten Stelle gewollt werde.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, man wolle grundsätzlich Neubaugebiete vorhalten; dies widerspreche aber nicht, sich mit den Problemen der Folgekosten im Vorfeld zu beschäftigen. Auch die Versorgung mit Kindergartenplätzen etc. müsse bei einem so großen Wohngebiet sichergestellt sein; auch so etwas müsse bereits im Vorfeld mit bedacht werden.

Herr **Pfennigs** gab Stadtverordneten Weißborn Recht, dass solche wichtigen Fragen zeitnah abgearbeitet werden müssen.

Die heute gehörte Planung erstrecke sich in seiner Gesamtheit jedoch über einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren. Man wolle mit Bauabschnitt 1 beginnen. Bauabschnitt 3 werde vielleicht erst in 15 Jahren akut. Bis dahin könne es noch ganz unterschiedliche Entwicklungen geben. Deswegen sei es auch gut, dass sich die politischen Gremien in diesem gesamten Zeitraum immer wieder mit der Angelegenheit beschäftigen, da man jetzt noch nicht so weit in die Zukunft sehen könne.

Stadtverordneter **Junker** bedankte sich für die bisher geleistete Arbeit. Man habe gerade gehört, dass man sich erst am Anfang befinde. Aber dieser Anfang sollte heute gesetzt werden. Die gehörten Informationen reichen der CDU-Fraktion aus, um heute eine Grundsatzentscheidung treffen zu können.

Beschlussempfehlung:

1. Die vorliegende Rahmenplanung zur Wohnbaufläche Beyelsfeld wird beschlossen (die Rahmenplanung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die S-Bauland GmbH wird als Erschließungsträger Partner der Stadt zur Entwicklung des Wohngebietes.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

1 Nein-Stimme
5 Enthaltungen
8 Ja-Stimmen

zu 2:

8 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

4 Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, dass die SPD-Fraktion, jetzt, da der Plan dem mehrheitlichen Wunsch der Bevölkerung entspreche, zustimmen werde.

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 – Saarstraße - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5 Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht Nord - 2. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

3. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
4. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 – Breiller Gracht Nord - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 6 **Bebauungsplan Nr. 100 - Wohnpark Rimbarg 1 - 5. vereinfachte Änderung**
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
-

Beschlussempfehlung:

5. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
6. Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 100 – Wohnpark Rimbarg 1 - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 7 **Anregung nach §24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Scherpenseel vom 12.09.2012 zur Umsetzung der Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie**
-

Technischer Angestellter **Vogelheim** erläuterte, dass die Sitzungsvorlage aus der Anregung des CDU Ortsverbandes Scherpenseel vom 12.09.2012 resultiere. Man wolle heute den derzeitigen Sachstand mitteilen, um zu signalisieren, dass man in der Angelegenheit tätig sei. Die aufgrund der eingegangenen Anregung veranlasste Lärmpegelmessung bei der unteren Umweltschutzbehörde des Kreises Heinsberg sei noch nicht abgeschlossen. Da diese Messung jedoch kostenfrei für die Stadt sei, wolle man diese zunächst abwarten. Kosten würden erst dann entstehen, wenn die Messergebnisse in die Umgebungslärmrichtlinie des Landes aufgenommen werden sollen. Diese würden bei ca. 5.000 € pro Straße liegen.

Sachkundiger Bürger **Bröhl** erklärte, es erscheine sinnvoll, zunächst die kostenfreie Messung abzuwarten.

Stadtverordneter **Bien** wand ein, dass er nur für die Anregung sei, solange sie keine Kosten verursache. Wenn kein Anspruch bestehe, sollte man hierfür kein Geld ausgeben. Er hoffe, dass so verfahren werde.

Sachkundiger Einwohner **Radtko** erklärte, es sei richtig, sich die Angelegenheit zunächst sorgsam anzuschauen, bevor man Geld in die Hand nehme. Er wolle aber auch nachdrücklich auf die hohe Lärmbelastung auf der Heerleener Straße hinweisen. Hier sei es abschließend vielleicht

doch sinnvoll, wenigstens diese Straße eintragen zu lassen.

Stadtverordneter **Junker** fragte, welche Auswirkungen es für die Anwohner der genannten Straßen habe, wenn die Straßen in die Umgebungslärmkarte aufgenommen würden. Hätten die Anwohner dann Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen seitens des Landes?

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, die Anwohner könnten einen Antrag auf lärmmindernde Maßnahmen stellen (z.B. Kostenübernahme für den Einbau von 3fach verglasten Fenstern). Ob der Antrag positiv beschieden würde, könne er nicht sagen. Dies entscheide die zuständige Behörde. Ein solcher Antrag könne jedoch auch unabhängig von der Eintragung in die Umgebungslärmkarte gestellt werden.

8 Anregung gem. § 24 GO NRW 26.11.2012 betr. Verkleinerung der Baumscheibe in der Mittelstraße

Sachkundiger Bürger **Kozian** fragte, welche Kosten für diese Maßnahme auf die Stadt zukommen.

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, wenn die Baumscheibe verkleinert wurde, müsse das dadurch neugewonnene Straßenland ausgebaut werden. Der Technische Betrieb sei hierfür nicht ausgebildet, so dass der Auftrag extern vergeben werden müsse. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme würden sich auf ca. 2.000 € belaufen.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach, ob durch die gesamte Maßnahme lediglich ein Parkplatz gewonnen werde.

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, dass derzeit zwei zu kleine Parkplätze vorhanden seien, die durch diese Maßnahme vollständig nutzbar werden. Rechnerisch, unter Berücksichtigung der Ablösesummen für Stellplätze, würde die Stadt einen Betrag in Höhe von 4.600 € gewinnen.

Stadtverordneter **Junker** erklärte, die Anregung sei eingereicht worden, weil Bürger beim Parken ihre Felgen beschädigen. Er fragte, ob es keine Alternative gebe, dem abzuhelpen, die der Technische Betrieb selbst durchführen könnte.

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, Alternativen gebe es grundsätzlich, nur gewinne man dadurch keine Parkflächen.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, bisher seien doch auch zwei Stellplätze ausgewiesen. Nur, damit die Autos jetzt besser auf die Flächen passen, wolle man 2.000 € in die Hand nehmen?

Technischer Angestellter **Vogelheim** erklärte, die Stellflächen seien damals nicht besonders gut angelegt worden.

Stadtverordnete **Thar-Hennes** fragte, wer versichere, dass die genannten 2.000 € nicht überschritten werden. Hier handele es sich um eine alte Straße.

Technischer Angestellter **Vogelheim** antwortete, garantieren könne er das nicht. Aber bei den Arbeiten werde nur ein gut kalkulierbarer Neuaufbau eines kleinen Straßenteilstücks im Erdland ausgeführt.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er verstehe die Diskussion nicht, wenn für 2.000 € 2 vollwertige Parkflächen und somit eine Einnahme in Höhe von 4.600 € gegenüberstehen.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erläuterte, es sei keine tatsächliche Einnahme, sondern ein Vergleichswert für die Ablöse von Stellplätzen.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass es sich bei der Sitzungsvorlage um eine Sachverhaltsdarstellung und nicht um eine Beschlussempfehlung an den Ausschuss handele. Er hätte sich allerdings von der Verwaltung gewünscht, dass man in die Sitzungsvorlage schreibe, dass man diese Maßnahme vornehmen werde und was sie koste.

Sachkundiger Bürger **Pickartz** fragte, wenn es sich hierbei um den konkreten Vorteil eines Anwohners handele, warum dieser nicht einbezogen werden könne im Rahmen einer Kostenbeteiligung.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** erklärte, dieser Vorschlag habe einen gewissen Reiz.

Sachkundige Einwohnerin **Glashagen** merkte an, dass man mit der geplanten Maßnahme zum einen dem Baum seinen Lebensraum nehme und es zum anderen viele solche kleinen Parkplätze gebe. Wenn man diese Maßnahme durchziehe, schaffe man einen Präzedenzfall.

Technischer Angestellter **Vogelheim** erklärte, es handele sich hierbei um eine dreieckige Baumscheibe, bei der nur die Ecken entfernt werden. Dadurch bleibe aber der als Lebensraum für den Baum zur Verfügung stehende Radius vollständig erhalten.

9 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

10 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Berichte und Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **F. Fröschen** wies auf die Dichtheitsprüfung hin. Hier habe man die entsprechende städtische Satzung aufgehoben. Er habe geglaubt, die Angelegenheit habe sich somit erledigt. In der Zeitung habe es jedoch geheißen, dass gegen den Kanal-TÜV weiterhin geklagt werde und in Wasserschutzgebieten die privaten Abwasserrohre geprüft werden müssen. Er fragte, wie in Übach-Palenberg mit der Angelegenheit umgegangen werden soll.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, man versuche seitens der Verwaltung die Bürger so wenig wie möglich zu belasten. Es gebe in Übach-Palenberg keine Wasserschutzgebiete. Somit sehe er seitens der Verwaltung keine Veranlassung, tätig zu werden, es sei denn seitens der Politik werde dies anders gesehen.

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, wann die Verwaltung mit der Pflege der Spielplätze beginne. Er bitte um eine Auflistung, welche Maßnahmen auf welchen Spielplätzen vorgenommen wurden bzw. werden.

Bürgermeister **Jungnitsch** sagte eine entsprechende Auflistung zu. Diese werde als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach dem aktuellen Stand der Klagen gegen das Einkaufszentrum.

Dezernent **Gatzen** antwortete, dass 2 Grundstücksangelegenheiten noch nicht geklärt seien. In beiden Fällen sei die ITG mit Hilfe der Stadt im Gespräch mit den Grundstückseigentümern.

Anfrage 3 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, warum in der Straße Am Steinberg verstärkt ein Baumschnitt vorgenommen worden sei und wie hoch die Kosten hierfür gewesen seien.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er werde die Anfrage schriftlich beantworten.

Anfrage 4 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach dem Sachstand des neuen Gebäudes in Marienberg und ob der Kindergarten nun umziehen werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, dass am 21.03.2013 der Jugendhilfeausschuss des Kreises Heinsberg tagen und u. a. über den Kindergarten sprechen werde. Ein entscheidender Punkt für die weitere Entwicklung sei die Gruppenstärke des Kindergartens. Hiervon hänge auch ein möglicher Umzug ab. Leider sei der Kinderanteil im Stadtteil Marienberg zurückgegangen. Man sei daher seitens der Stadt sehr bemüht, den Marienberger Kindergarten zu unterstützen, um Marienberg für Familien wieder interessanter zu machen.

Anfrage der UWG-Fraktion:

Stadtverordneter **Bien** fragte nach dem Umsetzungsstand des Antrages der UWG-Fraktion betr. Systemprüfung.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, soweit er wisse, stehe die Kämmererei kurz vor dem Abschluss.

Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** schloss um 19.09 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender **J. Fröschen** um 19.50 Uhr die Sitzung.

J. Fröschen
Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin